Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8982**

16. Wahlperiode 25. 04. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7002 –

Trennungsübernachtungsgeld während Auslandseinsatz weiterzahlen

A. Problem

Trennungsgeldberechtigte Soldatinnen und Soldaten mit einer Wohnung am Dienstort erhalten während ihrer befohlenen Teilnahme an einem Auslandseinsatz gemäß § 4 der Trennungsgeldverordnung nur bis zum Ablauf von drei Monaten Trennungsübernachtungsgeld. Somit besteht zur Vermeidung von Extrakosten für die Soldatinnen und Soldaten faktisch ein Kündigungszwang für die Wohnung, da die Auslandseinsatzdauer in der Regel vier Monate beträgt.

B. Lösung

Vorlage eines Gesetzentwurfs, der vorsieht, dass trennungsgeldberechtigten Soldatinnen und Soldaten mit Wohnung am Dienstort das Trennungsübernachtungsgeld für die gesamte Dauer eines Auslandseinsatzes gezahlt werden muss.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kostenüberlegungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7002 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2008

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Robert Hochbaum
Berichterstatter

Rolf Kramer
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Robert Hochbaum, Rolf Kramer, Birgit Homburger, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7002** in der 139. Sitzung am 24. Januar 2008 an den Verteidigungssausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 66. Sitzung am 23. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 23. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 23. April 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass das Bundesministerium der Verteidigung bereits zwei Monate vor Einbringung des Antrags der Fraktion der FDP gegenüber dem zuständigen Bundesministerium des Innern gefordert habe, die Zahlung des Trennungsübernachtungsgeldes für Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen zu verlängern. Mittlerweile hätten diesbezügliche Ressortabstimmungen zwischen den Bundesministerien der Verteidigung, des Innern und der Finanzen sowie dem Auswärtigen Amt stattgefunden und zum Ergebnis geführt, dass die Zahlung des Trennungsübernachtungsgeldes für Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen auf zwölf Monate ausgedehnt werde. Nunmehr werde an einer zügigen Umsetzung gearbeitet, so dass der Antrag der Fraktion der FDP insgesamt obsolet sei.

Die **Fraktion der SPD** ergänzt, dass eine Lösung in Form eines Gesetzentwurfs nicht notwendig sei. Vielmehr könne das Problem im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorschriften beseitigt werden, was nunmehr auch angegangen werde.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass beim Trennungsübernachtungsgeld dringend eine endgültige Regelung erforderlich sei. Dass die Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung über dieses Thema angeblich weit gediehen seien, sei erfreulich. Der Antrag sei jedoch noch keinesfalls erledigt so lange die Angelegenheit nicht endgültig abgeschlossen sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt ihre Unterstützung für den Antrag.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** spricht sich ebenfalls für die Annahme des Antrags aus.

Berlin, den 24. April 2008

Robert Hochbaum Berichterstatter	**Rolf Kramer** Berichterstatter	**Birgit Homburger** Berichterstatterin
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Winfried Nachtwei** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333